

7. Okt. 2013

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG

Europlatz Frankfurt

Eine Scheinblüte

Von Thorsten Polleit

In den Vereinigten Staaten, im Euro-Raum und selbst in Japan und China zeigt sich eine verbesserte Konjunkturlage. Das heißt jedoch nicht, dass die Wirtschaftsmisere überwunden wäre. Die Entwicklungen, die sich hinter den Daten verbergen, deuten vielmehr an, dass die Volkswirtschaften der nächsten Misere entgegenstolpern. Denn die Geldpolitik, die zur bisher größten Finanz- und Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit geführt hat, wird kompromissloser denn je fortgesetzt. Die Zentralbanken waren es, die durch jahrelange Niedrigzinspolitik und unablässiges Ausweiten der Kredit- und Geldmengen für Spekulationsblasen, Kapitalfehllenkungen und „Boom-and-Bust“-Zyklen gesorgt haben. Sie haben dabei eine Verschuldungspyramide errichtet, unter der Staaten, Banken und auch private Schuldner eigentlich zusammenbrechen, und Sparer, die ihnen leichtfertig Geld geliehen haben, ihren Einsatz verlieren müssten. Damit aber genau das nicht eintritt, haben die Geldbehörden die Zinsen auf extrem niedrige Niveaus gesenkt und durch unbegrenzte Geldmengenausweitung die Zahlungsfähigkeit von überschuldeten Staaten und Banken sichergestellt. Das schafft kurzfristig zwar Erleichterung und verbessert die Konjunkturlage. Jedoch kann daraus kein echter, kein gesunder Aufschwung entstehen, sondern allenfalls ein Scheinaufschwung.

Die künstlich gesenkten Zinsen berauben die Volkswirtschaften ihres wohl wichtigsten Kompasses. Sparen, Konsum und Investieren geraten zum Blindflug. Es kommt zu Fehlinvestitionen auf brei-

ter Front. Selbst die Freuden, die Geldpolitiker den Finanzmarktakteuren in Form von steigenden Wertpapierkursen bescheren, werden nur von begrenzter Dauer sein. Denn die Niedrigzinspolitik kann nicht endlos fortgesetzt werden.

Früher oder später ist eine Abkehr unabweichlich, soll der Wert der Währungen nicht gänzlich ruiniert werden. Zahlungsausfälle von Staaten und Banken,



verbunden mit einem tiefen Wirtschaftseinbruch, wären die Folge. Ein ungehemmtes Ausweiten der Geldmengen würde absehbar zu hoher Inflation führen. Sie würde letztlich aber auch in einem Wirtschaftsabschwung enden. Die Währungsgeschichte bietet dafür reichlich Anschauungsmaterial.

In den Vereinigten Staaten folgte auf den monetär getriebenen „Boom“ der zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts die „Große Depression“. In der Weimarer Republik gelang es nach dem Ende des Ersten Weltkriegs zwar zunächst, den „Bust“ mittels Geldvermehrung abzuwenden. Diese Politik führte zur Hyperinflation, auf die der Zusammenbruch folgte.

Sparer und Investoren wären nicht gut beraten zu glauben, dass es aus dem jahrzehntelangen Wahn des Kreditgeldvermehrens einen schmerzfreien Ausweg gäbe. Wenn die Zentralbanken von den Bürgern und ihren Parlamenten nicht zum Abstellen der elektronischen Notenpresse verpflichtet werden, droht in letzter Konsequenz das übelste Szenario: erst Geldentwertung, dann Wirtschaftseinbruch.

Der Autor ist Chefvolkswirt der Degussa-Goldhandel GmbH.